

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Hohe Beiträge

„Endlich einmal das richtige Thema,“ hören wir zahlreiche Leser ausrufen. „Zwar, die Beiträge sind zu hoch, und vom Hauptvorstand muß verlangt werden, daß er sie schleunigst herabsetzt.“ Da wären wir ja gleich mitten im Thema drin.

Also die Beiträge sind zu hoch. Darf man fragen, lieber Freund, auf Grund welcher Maßstäbe du dieses „zu hoch“ ermittelt hast? Du stuhest? Meinst, dazu bedürfe es keiner Maßstäbe, du habest das im Gefühl? Gefühle sind eine achtbare Sache. Aber meinst du im Ernst, der materielle Unterbau deiner wirtschaftlichen Interessenvertretung — die für dich eine Lebensfrage ist! — ließe sich auf dem schwankenden Grunde von Gefühlen errichten? Dann kannst du uns ehrlieh leid tun.

Nein, nicht vage Gefühle können die Höhe des Verbandsbeitrages bestimmen. Hier haben vielmehr allein die sachlichen Notwendigkeiten zu entscheiden. Wie stehen die Dinge?

Schon unmittelbar nach Kriegsende hatten wir einen Rückgang des Verbandsvermögens um mehr als ein Drittel zu verzeichnen. Kriegerfamilienunterstützung und Zustellung des Verbandsorgans an alle zum Militär eingezogenen Mitglieder hatten ihn bewirkt. In Wirklichkeit war die Vermögensminderung noch größer. Wir hatten ja schon bei Kriegsende eine starke Geldentwertung zu beklagen. Die Mark war schon während des Krieges in ihrem Werte gesunken, nachher fiel sie rasch auf 20, 15 Pfennige, und bald war sie noch weniger wert. Der völlige Zusammenbruch der Währung Ende 1923 stellte dann den Verband dicht vor den finanziellen Ruin. Uns warf der Währungszusammenbruch in die Tiefe, und die soziale Reaktion brachte er in die Höhe. Mit ungehörter Kraft und unter rücksichtsloser Ausnützung der Konjunktur nahm sie den Kampf gegen alle neuzeitlichen Errungenschaften der Arbeiterschaft auf. Die Arbeitgeber des Baugewerbes waren mit von der Partie. Unter ihren maßlosen Forderungen ging der Reichstarifvertrag in die Brüche. Die Arbeitszeit sollte auf zehn und mehr Stunden verlängert, die Lohnstaffelung ungeheuerlich verschlechtert, die Ferien- und Beschäftigungsregelung beseitigt werden. Vorher hatten sie in weitem Umfange, z. B. unter Tarifbruch, die Löhne willkürlich herabgesetzt. Konnte es gegen ein so eingestelltes Unternehmertum etwas anderes geben als Kampf, Kampf bis zum äußersten?

Aber zum Kampf gehören die entsprechenden finanziellen Mittel. In der Verbandskasse waren sie nicht. Wo sollten sie anders herkommen als aus den Beiträgen der Mitglieder? Verbandsvorstand und -auschuß zogen die Konsequenzen aus dieser Situation, indem sie im vorigen Frühjahr die seitdem so viel gescholtene Beitragserhöhung beschloßen. Willst du, Kollege, vor deinem Gewissen behaupten, du hättest in ihrer Lage anders gehandelt, anders handeln können?

Du hältst uns vielleicht entgegen, Freund, nicht nur der Verbands-, auch der einzelne sei damals wirtschaftlich ausgepumpt gewesen, und wir hätten deshalb für den Aufbau der Verbandskasse den langsamen Weg, nämlich den der niedrigen Beiträge, wählen sollen. Die Antwort auf diesen Einwand ist im Vorstehenden eigentlich schon gegeben. Das Tempo unseres finanziellen Aufbaues bestimmen eben nicht so sehr wir, als vielmehr die Unternehmer. Sie zwangen uns ja, ob wir wollten oder nicht, in den Kampf hinein. Wollten wir eine ungeheuerliche Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen verhindern, dann blieb gar nichts anderes übrig, als den Abwehrkampf mit aller Kraft zu führen. Dabei sei gerne zugegeben, daß die im Vorjahr gewährte Kampfunterstützung knapp, sehr knapp war und deshalb dem Einzelnen das Durchhalten sehr schwer gefallen ist. Aber meint jemand, daß mit niedrigeren Beiträgen mehr hätte geleistet werden können? Man müßte das eigentlich annehmen, wenn man die Reden so mancher Beitragskritiker hört.

Und ist etwa heute die Situation so, daß sie eine Herabsetzung der Beiträge vertrüge? Noch immer haben wir keinen Reichstarifvertrag. Das heißt, die Unternehmer haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die Bauarbeiter doch noch unter ihren Willen zu zwingen. In weiten Gebieten sind die Lohnverhältnisse unbefriedigend. Wir sind aber in der Lohnhöhe überall

an dem Punkte angelangt, wo mit einem verstärkten Widerstand der Unternehmer gerechnet werden muß. Der Kampf um ausreichende Löhne wird um so schwerer werden, als heute schon feststeht, daß die Konjunktur längst nicht so gut wird, als man noch vor einigen Monaten annehmen konnte. Im Augenblicke haben wir gar noch eine erhebliche Arbeitslosigkeit im Gewerbe. Schließlich können wir gerade hinsichtlich der Kampfunterstützung nicht längere Zeit von der Hand in den Mund leben; wir müssen vielmehr wieder einen für alle Eventualitäten ausreichenden Kampffonds ansammeln. Dann aber sind die heutigen Beiträge nicht zu hoch, eher könnte schon das Gegenteil bewiesen werden.

Noch ein anderes ist zu bedenken: Wir sind nicht allein auf der Welt. Wir haben Konkurrenzverbände. Diese erheben dieselben Beiträge wie wir, der Baugewerksbund sogar noch etwas höhere. Nun stellen wir seit langem fest, daß unsere Mitglieder ganz selbstverständlich die gleichen Leistungen vom Verbandsverlangen, wie sie die Konkurrenzverbände gewähren. Aber die Beiträge sollen bei uns niedriger sein?! Uns hängt diese Logik zu hoch.

Du überstiehest bei deinem Stöhnen über die „hohen“ Beiträge auch, Freund, daß jedes Nehmen auf diesem Gebiete immer zugleich ein Geben bedeutet. In den vorjährigen Kämpfen hat der Verband getan, was möglich war. Mag die gezahlte Unterstützung im Einzelfalle gering gewesen sein, in der Gesamtsumme sind es doch nahezu 200 000 Goldmark geworden, und die wollen zusammengebracht sein, was im Vorjahre wahrhaftig keine Kleinigkeit war. Seit Februar d. J. wird wieder die volle, d. h. gegenüber dem Frieden erhöhte Streikunterstützung gezahlt. Am 1. April ist auch die Erwerbslosenunterstützung wieder in Kraft getreten; sie wird bei Krankheit und Arbeitslosigkeit gezahlt. Diese Unterstützung war im Frieden überhaupt noch nicht vorhanden. Der in einigen Wochen zusammentretende Verbandstag dürfte auf der ganzen Linie die Friedensleistungen des Verbandes wieder herstellen. Das ist gewiß eine tüchtige Aufbauarbeit innerhalb eines Jahres. Aber nun muß es auch umgekehrt gesagt werden: Jedes Nehmen auf diesem Gebiete setzt ein Geben voraus. Nicht alle Kollegen bedenken das. So liegen Anträge an die Generalversammlung vor, die allen Erstes fordern, die Beiträge herab-, die Unterstützungen aber hinaufzusetzen! Mit diesen ganz klaren werden wir gelegentlich noch ein besonderes Wortlein reden.

Die Arbeiterschaft kann nicht erwarten, daß es ihr jemals wieder besser geht, wenn sie nicht zuerst selbst Hand ans Werk legt. Das Instrument dieser Selbsthilfe sind die Gewerkschaften. Aber nur starke, finanziell leistungsfähige Verbände verbürgen den Erfolg. Und da die finanzielle Stärke einer Organisation nur aus den Beiträgen der Mitglieder kommen kann, müssen diese so hoch sein, daß sie den gegebenen Notwendigkeiten einer Zeit entsprechen. Unsere heutigen Beiträge sind nur von solchen Notwendigkeiten diktiert. Also sind sie nicht zu hoch, also müssen sie beibehalten werden.

Die Arbeiterschaft verlangt Gerechtigkeit!

Vorstelligwerden der Gewerkschaften beim stellvertretenden Reichspräsidenten und Reichskanzler

Die Reichsregierung stencert einen Kurs, der die Arbeiterschaft mit schwerster Beunruhigung erfüllen muß. Sie hat eine Steuerreform ausgearbeitet, die für die Arbeiterschaft unannehmbar und unerträglich ist. Dem Beschäftigten weitgehende steuerliche Erleichterungen zugedacht, die Arbeitnehmer aber sollen die bisherige ungerechte Steuerlast mit geringen Änderungen weitertragen. Auch in wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik lassen gewisse Reichsstellen den notwendigen sozialen Geist vermissen.

Um den Besorgnissen und Wünschen der Arbeiterschaft Ausdruck zu geben, wurden am 3. April Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände beim stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons vorstellig. Unser Deutscher Gewerkschaftsbund hatte dazu die Kollegen Stegerwald, Beschly, Brock und Kümmele entsandt, die folgenden Gedankengang entwickelten:

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund betrachtet mit starker Besorgnis die Politik, die bei der gegenwärtig in Angriff genommenen, auf längere Zeit sich auswirkenden Regelung der innerdeutschen Lastenverteilung von großen Interessentengruppen und leider auch von einigen Reichsministerien geführt wird. Die Lage der deutschen Arbeitnehmer sei nicht nur schwierig aus der von ihr nicht verkannten Gesamtsituation unserer wirtschaftlichen und politischen Lage, sie wird auch unnötig über Gebühr belastet. Die beabsichtigte Reform und Neugestaltung des Steuerwesens lasse die notwendige Rücksichtnahme auf die von der Hand in den Mund lebenden Massen der deutschen Arbeitnehmer weitgehend vermissen. Die Lohnsteuer in Höhe der Regierungsvorlage in Verbindung mit dem vorgesehenen Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden, die Umsatzsteuer mit ihrer Tendenz der Belastung der kinderreichen Familien, die sich in der gleichen Richtung auswirkende Hauszinssteuer, die Herabbringung der Mieten an den Vorkriegsstand, die beabsichtigte Steigerung einiger Verbrauchsabgaben usw. wirken im Zusammenhang mit der Tendenz zur möglichst niedrigen Haltung des Lohnvermögens so, daß von einem offensichtlichen Steuerunterrecht gesprochen werden müsse, wenn nicht wesentliche Änderungen vorgenommen werden. Dem stehe gegenüber die Tatsache, daß Vermögensteuer und Erbschaftsteuer abgebaut werden sollen. Gegen die nicht nur vom Ertragsgesichtspunkt, sondern insbesondere auch aus psychologischen Gründen unbedingt notwendige Erfassung der Inflationsgewinne werden Widerstände aller Art gehäuft. Es scheinen die für das Gesamtproblem und seine bisherige Behandlung verantwortlichen Personen und Instanzen sich doch noch nicht das richtige Bild über die politische Auswirkung eines solchen Steuerprogramms gemacht zu haben. Die in den Vordergrund gestellte Notwendigkeit der Kapitalneubildung wird nicht bestritten. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß sich auch bei den großen Massen der Bevölkerung Sparkapital wieder ansammeln kann. Dieser Möglichkeit, die auch staatspolitisch von äußerster Bedeutung ist, steht die geradezu großkapitalistisch erscheinende Tendenz der Steuererlasse und die Tatsache des planmäßigen Lohnrückganges entgegen.“

Die an sich schon hohen Kosten der Lebenshaltung drohen eine weitere Erhöhung durch die geplanten Agrarzölle zu erfahren. Der Wille zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mache sich übermächtig breit. Der Vertragswille habe nachgelassen und sei der Neigung zur einseitigen Gestaltung der Bedingungen des Arbeitsvertrages nach den schlechten Methoden der Vorkriegszeit gewichen. Ein Gegenstand ersterer Lage sei auch, daß die Tarifpolitik der Reichsbahn die nötige Rücksichtnahme auf wirtschaftliche Lebensnotwendigkeiten vermissen lasse; die Tatsache, daß nicht weniger als acht Millionen Tonnen Kohlen auf den Halben liegen, daß Feierzüchten in erschreckendem Ausmaße eingelegt werden müssen, führen Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter übermütigend auf die übersteigerten Tarife der Reichsbahn zurück.

Jede unboreingennommene Betrachtung zeige, daß die Wirtschaft durch ihre Organisationen in viel zu starkem Ausmaße lediglich Interessenpolitik treibe und für staatspolitische Überlegungen und Maßnahmen keinen Blick und kein Verständnis aufbringen könne oder wolle. Seider seien maßgebende Reichsministerien nur zu sehr bereit, sich gleichfalls auf diese Linie zu stellen. Es könne nicht nur als Zufall betrachtet werden, daß beispielsweise bei allen Kundgebungen und Veranstaltungen der Industrie die Reichsregierung durch ihre führenden Persönlichkeiten vertreten sei, während für ähnliche Veranstaltungen der Arbeitnehmer diese Herren in der Regel, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, nicht zu haben sind. Das sei ein Vorgang von symptomatischer Bedeutung, er lasse erkennen, wie von der Reichsregierung die Kräfteverteilung in Deutschland beurteilt wird. Die Beurteilung sei aber falsch, sie lasse die Erkenntnis vermissen, daß Hauptaufgabe einer wirklichen Politik sein muß, die Millionenzahl der deutschen Arbeitnehmer, die mit ihren Angehörigen die Masse des deutschen Volkes bilden, zum Staat und zur Gesellschaft in ein besseres Verhältnis zu bringen. Der Herr stellvertretende Reichspräsident würde sich ein wahres Verdienst erwerben, wenn er im Rahmen seiner Befugnisse dafür sorgen könnte, daß in einer Reihe von Reichsministerien eine richtigere Betrachtung der innenpolitischen Notwendigkeiten sich durchsetzen würde.

Herr Dr. Simons nahm diese Ausführungen mit größtem Interesse und mit ausbrüchlicher Zustimmung zu den Grundgedanken entgegen.

Die einzige Einnahmequelle

des Verbandes sind die Beiträge der Mitglieder. Folglich müssen die Beiträge so hoch sein, daß der Verband zu zweckdamit erreicht werden kann. Was ist der Verbandszweck? Die Verbesserung Deiner Lage.

Am 6. April hatten dann die gewerkschaftlichen Spitzenverbände eine Besprechung mit dem Herrn Reichskanzler Dr. Luther. Auch Vertreter des Reichsfinanz-, des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministeriums nahmen teil. Der Deutsche Gewerkschaftsbund war vertreten durch die Kollegen Otte und Broß. Gegenstand der Besprechung waren neben der gegenwärtigen Lage der deutschen Sozialpolitik die Fragen, die in ihrer praktischen Auswirkung auf die Lebenshaltung der Arbeitnehmerischen Einfluß ausüben. Die Beratung wurde vom Kollegen Otte mit ausführlichen grundsätzlichen Erörterungen eingeleitet, die etwa folgenden Gedankengang umfaßten:

losenerversicherung kommt nicht recht vom Fleck. Die beantragten Entwürfe genügen nicht, insbesondere hinsichtlich der Frage der Prüfung der Bedürftigkeit. Die beabsichtigte Neugestaltung der Unfallversicherung, insbesondere die Beteiligung der kleinen Renten, ist nicht zu vertreten. Es müßte auf all diesen Gebieten, mit der Steuerpolitik beginnend, der Geist sozialen Verständnisses stärker als bisher werden. Die Behauptung der Interessenten, daß wir bereits an der Grenze des wirtschaftlich Möglichen angelangt sind, ist so oft erhoben worden, ohne je berechtigt zu sein; daß ihrer Beweisskraft mit Recht die allerstärksten Zweifel entgegengelegt werden können. In teilweise sehr weitgehenden Ausführungen trugen nach Otte die Vertreter der freien Gewerkschaften und des Hirsch-Dunder-schen Gewerkschaftsrings ihre Beanstandungen und Zweifel vor.

Es ist wieder einmal so weit, daß die Gewerkschaften mit erster Sorge die Entwicklung einer Reihe von für sie lebenswichtigen, innerpolitischen Fragen betrachten müssen. Dabei soll von vornherein betont werden, daß wir bei der Vertretung der uns anvertrauten Interessen die Verbindung mit dem Ganzen stets beachten und würdigen, die für uns von jeher maßgebliche Grundlage gewesen ist. Gerade deshalb aber erscheinen uns eine Reihe von Maßnahmen und Absichten falsch orientiert zu sein. Wir stehen unter dem starken Eindruck, daß weitgehendst eine Politik der Schonung der starken Schulter getrieben wird, daß sozial rückwärtliche Tendenzen nicht nur in der Deutschnation, sondern auch in manchen Reichsministerien mehr als es gut ist beachtet werden. Ein sehr eindringlicher Beweis dafür ist uns die beabsichtigte Steuerpolitik, die den an sich guten Gedanken der Förderung der Kapitalbildung überfordert und die Notwendigkeit nicht genügend erkennt, daß die Neubildung von Sparkapital in den Händen von möglichst vielen Arbeitnehmern, vom politischen Standpunkt aus betrachtet, außerordentlich viel wichtiger ist, als die pflegliche Behandlung schon vorhandenen Großkapitalbesitzes. Sozialpolitische Notwendigkeiten werden zu sehr mit dem Rechenstift betrieben. Es fehlen die menschlichen Verbindungen, es fehlt die stete Berücksichtigung des sittlichen Geistes, das dem Stärkeren auferlegt, auch unter eigenem Opfer die wirtschaftlich schwachen Volksgenossen zu schützen.

Der Herr Reichskanzler Dr. Luther, der auch namens der Reichsregierung zusammenfassend antwortete, betonte einleitend seine und der Reichsminister Bereitwilligkeit, stets mit den Vertretern der Arbeitnehmer über alle diese Fragen jederzeit zu verhandeln. Eine ganze Reihe der beanstandeten Punkte müssen immer noch als Auswirkungen der letzten Notzeit gewertet werden. Wir sind nach seiner Meinung wirtschaftlich noch keineswegs über den Berg. Er müßte betonen, daß die Regierung sich die sozialpolitische Führung habe aus der Hand nehmen lassen. Die Beteiligung des Zweischichtensystems an den Hoch- und Niederrufen könne als Beweis des Gegenteils bezeichnet werden. Ein Gesetzentwurf über die Erwerbslosenversicherung sei weit vorgeschritten, allerdings noch nicht im Kabinett durchberaten. Es bestehe jedoch die hohe Wahrscheinlichkeit, daß er dem Reichstage noch in seiner Sommer-session vorgelegt werden wird. Die vielumstrittene Frage der Nachprüfung der Bedürftigkeit möchte er noch offen lassen. Immerhin möchte er zu bedenken bitten, daß die Einparung von Leistungen durch die Bedürftigkeitsprüfung geringe Beiträge herbeiführen könnte. Sehr nachdrücklich betonte der Herr Reichskanzler die Notwendigkeit der Gewährung des Zuschlagsrechtes auch zur Lohnsteuer für die Länder und Gemeinden als einem der allerwichtigsten Mittel zur Erziehung zur Sparamkeit. Ueber die Höhe des steuerfreien Lohnanteils könne die Regierung sich erst schlüssig werden, wenn sie den finanziellen Ertrag der gesamten Steuerreform ungefähr überschauen könne. Die völlige Beilegung der Umsatzsteuer sei zurzeit wohl unmöglich. Die Berringerung des Steuerfußes dagegen könne zur Diskussion gestellt werden. Der Herr Reichskanzler äußerte sich dann noch ausführlich zum Aufwertungsproblem und betonte, daß sofort nach Ostern eine sehr ausführliche Denkschrift zur Forderung nach einer Inflationsgewinnsteuer den ständigen Ausschüssen des Reichstages vorgelegt werden wird. Vertreter der anderen Ressorts nahmen in der Besprechung nicht das Wort.

Es wird die unlösliche Verbindung zwischen einer sozialeren Gestaltung des Arbeitslebens mit der Arbeitsfreude und der Lebendigkeit des Staatsgedankens viel zu sehr übersehen. Wenn sich im betarmten Deutschland alle nach der Rede streben müssen, dann muß es Geheiß werden, daß die Stärkeren dieser Pflicht mehr unterliegen müssen, als die große Masse derer, die ohnehin nur ein kümmerliches Existenzminimum fristen können. Noch ist der durchschnittliche Lohnsatz weit unter dem Reallohn der Vorkriegszeit. Die an sich dankenswerten Eingriffe der Reichsregierung zur Steigerung der untragbaren Zwölftstunden-schicht werden durch die preußischen Landesbehörden weitgehendst sabotiert. Die Arbeits-

Der Reichsarbeitsminister zum Baufacharbeitermangel

Wir teilten hier neulich Richtlinien des Preussischen Wohlfahrtsministers mit, die die Vermeidung eines Bau-facharbeitermangels bezwecken sollten. Neuerdings hat auch der Reichsarbeitsminister sich diesen Richtlinien angeschlossen. In einem Erlaß IV 2303/25 vom 6. März 1925 an die Regierungen der Länder betont auch er nachdrücklich die Notwendigkeit, die Bauarbeiten planmäßig über das ganze Jahr 1925 bis ins Jahr 1926 hinein zu verteilen. Weiter empfiehlt der Reichsarbeitsminister die möglichst weitgehende Heranziehung von angeleiteten und ungelerten Arbeitern. Das soll möglich gemacht werden durch die Anwendung geeigneter Bauweisen und Baustoffe, vor allem durch die Verwendung von Beton und Zementbausteinen. Auf diese Weise würde es möglich sein, auch zur Zeit der Ziegelknappheit zu bauen. Zu den Fragen der Rückführung abgewandelter Bau-facharbeiter, der Verteilung der Arbeitskräfte und der von den Unternehmern geforderten Zulassung ausländischer Bauarbeiter äußert sich der Reichsarbeitsminister in folgender Weise:

Es ist anzunehmen, daß zahlreiche ehemalige Bauarbeiter, die in andere Gewerbe abgewandert sind, sich noch in diesen befinden. Diese Abgewanderten werden sicherlich zum Teil von der Rückkehr ins Baugewerbe durch die Besorgnis abgehalten, darin nur für einen Teil des Jahres Beschäftigung zu finden. Wird die Bautätigkeit gleichmäßiger über das ganze Jahr ausgedehnt, dann wird das dazu beitragen, manche von ihnen dem früheren Berufe wieder zuzuführen.

Soweit sich in einzelnen Gebieten ein Ueberschuß an Bauarbeitern ergeben sollte, wird der Ausgleich mit Bedarfsgebieten nachdrücklich zu fördern sein. Den Arbeitsnachweisämtern, insbesondere den Landesämtern für Arbeitsvermittlung, wird dabei ein wichtiges Tätigkeitsfeld zufallen; ihre Tätigkeit wird desto mehr von Erfolg sein können, je mehr in der Hauptbauphase von aufschiebenden Arbeiten abgesehen und damit die Möglichkeit geschaffen wird, Arbeiter, die in dem einen Ort entbehrlich sind, in Orten stärkeren Bedarfs zu verwenden.

Ich wäre sehr dankbar, wenn die Regierungen der Länder entsprechend vorstehenden Anregungen mit der größten Beschleunigung verfahren und mir von den getroffenen Maßnahmen Kenntnis geben würden. Ich darf betonen, daß die Zusammendrängung der Bautätigkeit auf wenige Monate dem Wirtschaftsleben ernste Gefahren bringen kann: einmal durch starke Steigerung der Baukosten, dann aber auch durch infolge Facharbeitermangels vielleicht notwendige Einschränkung der Bauten, die bei größerer Planmäßigkeit durchgeführt werden könnten. Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, daß von verschiedenen Seiten bereits auf Heranziehung ausländischer Bauarbeiter hingedrängt wird;

Mit Frühlingsaugen
Sollst du die Tage grüßen,
Die lächelnd kommen,
Ein Frühlings dir zu sein.
Denn du mußt wollen,
Daß Frühlings um dich werde!
In deinen Augen
Ruß es wie Blüten sein

E. v. Bockstahm

Die Einwirkungen der Umwelt auf die Volkswirtschaft

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

In der Volkswirtschaftslehre unterscheidet man drei Produktionsfaktoren: Natur, Kapital und Arbeit. Ueber das Kapital und die Arbeit ist viel geschrieben und ge-redet worden, weniger von dem Reize der Natur und ihrer Einwirkung auf die Menschen, die Volkswirtschaften und die Volkswirtschaft. Und doch bestimmt gerade die Art der Natur (im weitesten Sinne die Umwelt) das Verhalten der Menschen ganz wesentlich. Diese Wahrheit wird in dem vorstehenden Satz ausgedrückt: Der Mensch ist ein Produkt seiner Verhältnisse. Allerdings damit soll häufig gesagt sein, nicht der einzelne Mensch mache sich selber zu dem, was er ist, sondern seine Verhältnisse haben ihn so geformt, wie er ist. Der tiefere Sinn jenes Satzes ist aber doch wohl: Daß die den Menschen umgebende Natur ihm ein bestimmtes Verhalten anzeigt.

Die Natur wirkt auf die Veranlagungen und den Charakter des Menschen ein. Klima, Pflanzen- und Tierwelt, Gewässer, Gebirge, Bodenschätze zusammen schaffen eine bestimmte Art von Menschen. Wohl vermag der Mensch, der in eine ganz anders geartete Gegend verschleppt wird, gewisse Sitten und Anschauungen dort-hin zu bringen, er kann Kulturdinger (wie man oft sagt) werden, aber mit der Zeit werden er und seine Nachkommen nach und nach der neuen Umwelt beizugehen, sie werden in manchem Bereich und geistig umgebildet. Diese Wandlung vollzieht sich meist ganz unbemerkt. Während der Mensch glaubt, sich die Umwelt nutzbar zu machen (wichtig schlagt ihm das auch), wird er von der ihm umgebenden Natur umgeformt. Allgemein gesprochen: Der Mensch empfängt von der Natur und

er gibt vieles an sie ab. Das Be- und Verarbeiten der Naturstoffe ist ein ständiges Nehmen und Geben. Das Nehmen der Naturstoffe und das Hineingeben von menschlicher Kraft und menschlichem Geist ist — wirtschaftlich betrachtet — ein Ausnutzen der Umwelt. Das Streben der Menschen war stets darauf gerichtet, sich die Natur untertänig zu machen oder sie zu beherrschen. Das aber erfordert einen großen Kampf, oder wenn man dieselbe Tatkraft anders ausdrücken will, ständige geistige und körperliche Arbeit.

Im Kampf mit der Umwelt entwickelt sich der Mensch, sie drückt ihm bis zu einem gewissen Grad ihren Stempel auf. So sind Rassen, Völker, Volksarten und Volksstämme entstanden. „Jede Menschengruppe“, so schreibt eine amerikanische Soziologin, „steht an einem Land, und dessen natürliche Ausstattung weist ihr Möglichkeiten und Wege der Entwicklung oder unterwirft sie Hemmungen, übt Einfluß auf die Intensität und auf die Richtung ihrer Betätigung, sowie auf die Art, Zahl und Wirksamkeit ihrer gesellschaftlichen Einrichtungen.“ Nach der Auffassung Rakels hat die Umwelt an den großen Klassenunterschieden ihren Anteil.

Die Erdoberfläche hat einen Inhalt von 509 951 Mill. Quadratkilometern, davon kommen 145 918 Mill. (oder 28,6 Proz.) auf die Landfläche und 364 033 Mill. (oder 71,4 Proz.) auf die Wasserfläche. Das Meer übt einen großen Einfluß auf das Klima der an sie angrenzenden Länder aus. „Es nimmt die Wärme schwerer auf als das Land und hält sie besser fest; die auf dem Festland großen Abfälle der Wärme bei Tag und bei Nacht zwischen Sommer und Winter und die Wärmeschwankungen von Jahr zu Jahr sind daher zur See (und auf dem Lande, soweit der Einfluß des Meeresspiegels reicht) mehr ausgeglichen.“ Schwedland, dem dieses entnommen ist, macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß Gebirge, Täler und Ebenen, Binnengebiete, Halbinseln und Inseln und der Reichtum der Küstengebiet wichtig für Klima und Fruchtbarkeit und Zugänglichkeit eines Landes ist oder dafür, daß es selber nach auswärts Verkehrsbeziehungen bahnt.

Von der vorhin genannten Landfläche gehen weite Strecken Landes ab, die sich nicht für die Bodenbearbeitung eignen, etwa die Hälfte davon ist Wüste, Steppe, Tundra, Eisfeld, Fels. Inner Kultur steht ungefähr ein Drittel des Bodens. Ein großer Teil der mageren Böden liegt brach oder ist in Wäldungen angelegt. Ganz allgemein versteht man unter Boden die oberste, durch Verwitterung entstandene Erdschicht. Pflanzenboden ist solcher, auf dem irgendeine Gewächse gedeihen, Ackerboden aber nur solcher, der geeignet ist zum Anbau landwirt-

schaftlicher Pflanzen. Nach den Angaben der Sachverständigen ist der Boden durch Zerkleinerung fester Felsarten entstanden: durch Verwitterung. Diese Ausbildung geht noch täglich vor sich. Allerdings, viele Jahre sind nötig, aus Felsgestein aderfähigen Boden zu machen. Die Fruchtbarkeit des Bodens hängt aber nicht allein von der Art und Zusammenziehung der Erdoberfläche ab, sondern auch von der Wärme und der Feuchtigkeit. Von der Gestaltung des Bodens, von der örtlichen Wärme und Feuchtigkeit wird die Art der Pflanzen und ihre Zusammenziehung (ihre etwaiger Nährgehalt) bestimmt. So wird z. B. berichtet, daß die Eigenart des Roquefortkäse von dem Kaltegehalt des Bodens herrührt, auf dem die Schafe jener Gegend weiden. Ähnlich verhält es sich mit dem Holländer- und Schweizerkäse. Milch ist Milch, aber ihre Zusammenziehung ist je nach der Beschaffenheit des Futters, das die Milchtiere fressen, verschieden, und diese Verschiedenheit genessen wir in der Butter oder im Käse. Wir merken dies ja schon an der Ziegenmilch. Der oberflächliche Beobachter denkt, die Ziege frisst doch dasselbe Futter, also müßte sie auch dieselbe Milch geben. Ganz abgesehen davon, daß jede Milchtierart ihren eigenartigen Aufbau hat, fressen auch die Tiere der Weide nicht dieselben Pflanzen. Die einen fressen den oberen Teil lieber, die anderen den unteren, die einen fressen die Grasart lieber, die anderen eine andere. Es zeigt sich eben da die Einwirkung der Umwelt auf die Tiere. Da, wo die Tiere ursprünglich lange gehauht haben, da haben sie sich an die dortigen Pflanzen angepasst, und diese Anpassung wirkt noch lange fort, wenn diese Tiere in eine andere Gegend kommen. In den Pflanzen der neuen Gegend suchen sie noch die alten gewohnten Bestandteile der früheren Nahrung. Mit der Zeit passen sie sich aber immer mehr dem neuen Standort an.

Ganz gewaltig wirkt das Gebirge auf die Entwicklung des Körpers und des Geistes seiner Bewohner ein. Das ist zu verstehen: Luft und Licht sind da anders, es muß unablässig und fleißig gearbeitet werden. Die Menschen sind da verschöffener, unzugänglicher, schwerfälliger. Umgekehrt ist's mit den Bewohnern der Ebenen. Die Böden sind hier fruchtbarer, sie geben ihre Produkte leichter und sie liefern mehr. Die Bevölkerung ist hier zugänglicher, freier, leichtlebiger. Diese und ähnliche Eigenheiten wirken bei den in die Städte Abwandernden noch lange nach. Sie sind die Erfrischer und Auf-lebender der städtischen Bewohner, sie bringen neues Leben, andere Sitten mit, und das ist für die Entwicklung der Städte sehr wichtig.

F. A. B.

In den weitesten Kreisen der deutschen Wirtschaft wird aber anerkannt werden, daß diese Heranziehung, soweit irgend möglich, vermieden werden muß, solange der Bedarf der deutschen Wirtschaft durch deutsche Arbeiter befriedigt werden kann.

Dieser Stellungnahme des Reichsarbeitsministers können wir uns nur anschließen. Besonders erfreulich ist, daß der Minister die Zulassung ausländischer Bauarbeiter ablehnt. Bei richtiger Verteilung der Arbeiten und der Arbeitskräfte reichen die deutschen Arbeiter völlig aus. Vorläufig haben wir in manchen Gebieten immer noch Arbeitslosigkeit von Baufacharbeitern.

Errichtung einer Arbeitskammer im Saargebiet?

Das vor langer Zeit von der Regierungskommission der Saarbevölkerung gegebene Versprechen der Errichtung einer Arbeitskammer scheint Wirklichkeit zu werden. Einer paritätischen Arbeitskammer! Sie hat die grundsätzliche Zustimmung der meisten Wirtschaftskreise gefunden. Leider gibt es an der deutschen Saar noch Kreise, die dem Arbeiter keine Gleichberechtigung zuerkennen wollen. So die Handelskammer an der Saar. Sie hat gegen den Entwurf der Regierungskommission zur Errichtung einer Arbeitskammer Einwendungen erhoben, die im nationalen und staatspolitischen Interesse besser unterbleiben wären, aber auch eine soziale Rückständigkeit sondergleichen darstellen. Es scheint, als wenn bei diesen Leuten, die doch das Wort Vaterland dauernd im Munde führen, die Heimat und das Vaterland nur bis zum Geldbeutel reichen.

Der Entwurf der Regierungskommission hat durch den Landesrat eine Umbearbeitung erfahren. Das Ergebnis der Umarbeitung wurde vom Landesrat mit großer Mehrheit angenommen (außer Kommunisten). Nachstehend einen Auszug aus dem Entwurf.

a) Zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird für das Saargebiet die rechtskräftige Arbeitskammer errichtet. Die Arbeitskammer ist nicht beschlußfähig, wohl aber hat sie der Regierungskommission zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsfrage, der sozialpolitischen Rechte und Belange der Arbeitnehmer Gutachten, Anträge und Wünsche zu unterbreiten. Alle sozialpolitischen Entwürfe sind der Arbeitskammer zur Begutachtung zu unterbreiten.

b) 20 Arbeitgeber und 20 Arbeitnehmer und ebenso viele Stellvertreter unter einem aus ihrer Mitte gewählten Vorstand bilden die Arbeitskammer. Die Dauer des Mandats beträgt zwei Jahre. Wer das 24. Lebensjahr vollendet, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer ist, kann Mitglied der Arbeitskammer werden. Auch Gewerkschaftssekretäre können, wenn sie Angestellte einer Organisation sind, Mitglied der Arbeitskammer werden. Die Sitz der Arbeitskammer werden von der Regierungskommission im Einvernehmen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen verteilt.

c) Die Einberufung der Arbeitskammer erfolgt durch den Vorstand. Die Regierungskommission kann die Einberufung verlangen. Die von der Arbeitskammer einzureichende Bäckerei steht den Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber kostenlos zur Verfügung.

d) Die Kosten der Durchführung und Aufrechterhaltung der Arbeitskammer fallen dem Etat des Saargebietes zur Last.

Jedem Arbeiter an der Saar wird sich die Frage auf die Lippen drängen: „Was haben wir als Arbeiter von der Arbeitskammer zu erwarten?“ Sicher nicht viel. Schon aus dem Grunde, daß der französische Staat als Besitzer der Saargruben seine Zustimmung zur Errichtung einer Arbeitskammer für das Saargebiet gegeben hat. Der französische Staat weiß, daß die Arbeitskammer ihm nie gefährlich werden kann, sonst hätte er die Errichtung einer solchen nicht gebilligt. Und dennoch: Dieser Entwurf dürfte zur gesetzlichen Festlegung gewisser Arbeiterrechte führen. Hoffentlich gelingt es der organisierten Arbeitnehmerschaft an der Saar, die richtigen Vertreter in die Arbeitskammer zu dirigieren. Dann kann auch für sie die Arbeitskammer von Nutzen sein. Die Arbeitnehmer des Saargebietes mögen es sich gesagt sein lassen, daß dennoch sie selbst ihres Glückes Schmied sind. Nur wenn sie auch fernerhin ihre Organisationen stärken und ausbauen, werden sie ihre berechtigten Wünsche erfüllen können. Herzberg.

Allgemeine Rundschau

Caritas

Es war ein erfreuliches Zeichen, daß mit der zunehmenden Not in den Nachkriegsjahren auch die christliche Liebestätigkeit, genannt Caritas, einen großen Aufschwung nahm. Ueber ihre treibenden Kräfte veröffentlichte Prof. Dr. W. Liese im Januarheft der „Caritas“ bemerkenswerte Gedanken. Er betont, daß nicht so sehr die ausübenden Organisationen, die vielfachen Verbände und Vereine das Ausschlaggebende sind, sondern die dahinter stehenden treibenden Kräfte. Caritas ist freie geistige Bewegung, die sich in Organisationen auswirkt, sich aber darin nicht erschöpfen kann; sie ist wesentlich Bewegung, Beziehung von Mensch zu Mensch. In der Schöpfung des Menschen liegt ihre wichtigste Triebkraft und zwar in der Schöpfung des inneren Wertes. Sie liebt den Menschen, jeden Menschen um des Höchsten willen und unterscheidet sich dadurch auch von der Humanität. Die Caritas kann in äußerer Hilfe nie das Letzte sehen, sie hilft, um höhere Werte sicherzustellen. Der Humanismus dagegen arbeitet, wie Scheler es einmal ausdrückte, „am Aufbau eines Ethos, das Mensch und Menschheit von Gott isoliert, ja häufig den Menschen

Am 18. April 1925 ist der sechzehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

gegen Gott ausspielt“. Er verlangt die Liebe um der Wohlfahrt willen. „Dadurch ist der Begriff der Opferliebe von Grund aus zerstört.“ Opferliebe ist aber die zweite große Triebkraft der Caritas. Für diese ist auch nicht die Zahl der Helfer und die Masse der Gaben entscheidend, sondern die Kraft und Richtung der Liebe. Weil die Caritas auch stets gemeinschaftsfördernd wirkt, kann auch der Staat nichts Besseres tun, als ihr die freieste Entfaltung zu gestatten. Klassenkampfgedanken werden bei der unabänderlichen Ungleichheit der Menschen nie aussterben; die Caritas kann aber hier ausgleichend wirken.

Um den Caritasgeist und Caritasgesinnung in der christlichen Arbeiterchaft wachzurufen und zu pflegen, ist seinerzeit eine eigene Organisation für Wohlfahrtspflege im Zentralwohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterchaft geschaffen worden, die bereits Hervorragendes geleistet hat. Sowohl zur Mitarbeit in den Caritasauschüssen der Pfarreien, als auch in der öffentlich-rechtlichen Wohlfahrtspflege in Gemeinde und Staat sind die Vertrauensleute für Wohlfahrtspflege der christlichen Arbeiterchaft mit gutem Erfolg herangezogen worden. Das ist schon aus dem Grunde von besonderer Bedeutung, weil der Arbeiter dann erkennt, daß er nicht nur Gegenstand der Wohlfahrtspflege zu sein braucht, sondern auch ihr Träger sein kann. So berichtet z. B. der Ortswohlfahrtsausschuß der Arbeiterchaft in Düsseldorf, daß es ihm im Jahre 1924

Unsere Zukunft!

Offern, die Zeit der Schulentlassung, ist vorbei. Tausende junger Leute treten jetzt als Lehrlinge und jugendliche Hilfsarbeiter neu ins Baugewerbe ein. Macht sie sofort mit dem christlichen Gewerkschaftsgedanken bekannt! Führt sie restlos unserem christlichen Bauarbeiterverbände zu!

Bandelegierte, Vorstandsmitglieder!

Es ist in erster Linie eure Pflicht! Nehmt sie recht ernst, dann sichert ihr die Zukunft des Verbandes.

möglich war, vier Not zu lindern. Baraufwendungen für Unterstützte wurden in Höhe von über 12000 Mk. gemacht, 842 Bedürftige erhielten Geldebeiträge, an 200 Personen wurden 77 Zentner Lebensmittel und vier Risten Milch verteilt usw. Dem Hilfsausschuß Düsseldorf Frauen stellten sich bei der Austeilung von Speisen 40 Frauen aus der christlichen Arbeiterchaft zur Verfügung. Im Jahre 1925 hofft der Ortswohlfahrtsausschuß seine Aufgaben mit einer vermehrten Zahl von Helfern und Helfern in noch umfangreicherer Weise erfüllen zu können.

Es wäre erwünscht, wenn nach dem Beispiele der Düsseldorfer christlichen Arbeiterchaft überall an der Linderung der Not unserer Standesangehörigen gearbeitet würde.

Vergebliches Beginnen

Die Kommunisten haben mit der Zerstückung der freien Gewerkschaften schon weitgehende Erfolge erzielt. Nunmehr glauben sie mit den christlichen Gewerkschaften in ähnlicher Weise verfahren zu können. Im Westen Deutschlands, besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, haben sie bereits mit ihrer Tätigkeit begonnen. Den Mitwirkenden im Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften sind besondere Richtlinien dafür an die Hand gegeben worden. Diese Richtlinien bezogen nach dem „Zentralblatt“:

1. Laß den lieben Gott und die Jungfrau Maria aus dem Spiele und rede von der Not der christlichen Proleten und wie sie zu heiligen ist.
2. Beginne nicht Deine Aufklärungsarbeit mit Parolen oder mit Theorien, sondern sprich zuerst mit dem christlichen Arbeiter von dem, was er versteht; wie er schuftet muß und ausgebeutet wird, wie wenig Lohn er hat, wie er hungern muß und wie elend seine Unterstützung ist.
3. Sprich ruhig und sachlich, poltere nicht, schimpfe nicht, sondern judge zu überzeugen. Gehst Du's nicht beim ersten Male, so vielleicht beim zehnten.
4. Sprich nicht von der Verräterei der christlichen Gewerkschaftsführer, bevor Du es bewiesen hast, aber beweise hundertmal, dann wird der christliche Arbeiter überzeugt werden.
5. Tatsachen überzeugen; sammle die Tatsachen! Alles einschlägige Material aus der Zeitung mußt Du aufheben, gut kennen und unermüdet auswerten. Knüpfe dann an die eigenen Erfahrungen an, die die christlichen Arbeiter mit der Politik des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften gemacht haben.
6. Beobachte die Vorgänge unter den Zentrumsarbeitern im Betrieb, von der Stempelkelle; habe ein Augenmerk auf die Vorgänge in den christlichen Gewerkschaften, aber unterrichte Dich gut, damit Du nicht getäuscht wirst; was Du sagst, muß wahr sein.
7. Die heutige Agitation ist die, daß Du praktisch durch die Tat zeigst, daß die Kommunisten die tüchtigsten, mutigsten, härtesten Elemente der Arbeiter-

chaft sind, und daß sie unermüdet und unentwegt den Kampf für die gesamte Arbeiterklasse führen.

„Was Du sagst, muß wahr sein!“ — Beherrigen die kommunistischen Agitatoren das, so werden sie nicht gegen, sondern für die christlichen Gewerkschaften wirken. Im übrigen kann nur gesagt werden, daß die christlichen Gewerkschaftler die kommunistischen Pappenheimer kennen. Letztere werden schon bald erkennen, daß die christlichen Gewerkschaften doch von anderer Art sind, als die „freien“ Gewerkschaften.

Bauern und Arbeiter

Die Hoffnung, daß Bauern und Arbeiter zu praktischer Gemeinschaftsarbeit kommen könnten, ist bisher immer nur als Illusion angesehen worden. Was „Der Deutsche“ im nachstehenden berichtet, ist jedoch ein Beweis, daß auch in Bauernkreisen sich die Erkenntnis Bahn bricht, daß Bauern und Arbeiter im sozialen Kampfe zusammengehören.

Die Lokalabteilung des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpruzen in Heinsberg (Rheinland) hat kurz vor Weihnachten eine Rundgebung veröffentlicht, in der der durch mehrjährige, mühevoll bearbeitete gewackelte soziale Wille der Landwirte des Kreises Heinsberg zum Ausdruck kommt. Die Rundgebung stellt zunächst die schlechte Entlohnung der im Kreise tätigen Industriearbeiter fest. Zur Unterstützung der Arbeiterchaft ist im gerechten Kampfe um bessere Einkommensverhältnisse werden die Landwirte aufgefordert, die Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften zu unterstützen und für diese unter der Arbeiterchaft zu werben.

Was an praktischen Maßnahmen (außer der Förderung der Gewerkschaften) in Aussicht genommen ist, ist die Zuführung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Kreises direkt an die im Kreise bestehende Konsumgenossenschaft und die Neuaufnahme des Zuckerrübenbaues im Kreise, um auf die Zuckerverbilligung einzuwirken. Schließlich sollen auch auf einer demnächst zu eröffnenden Frauenschule neben Bauerntöchtern auch begabte Arbeiterkinder so herangebildet werden, daß sie befähigt sind, als Wirtschaftlerin oder Hausfrau an der Spitze von landwirtschaftlichen Mutterwirtschaften zu stehen.

Die Bearbeitung der Bauern durch ihre geistigen Führer geht auf eine weitgehende Verständigung der beiden Stände hinaus. Die zuständige Presse arbeitet im gleichen Sinne.

Auf einer nach der Rundgebung tagenden Konferenz von Arbeitern und führenden Bauernvertretern wurden die praktischen Maßnahmen weiter besprochen; die Arbeiter gewannen dabei den Eindruck, daß die Rundgebung wirklich den ernsten sozialen Willen der Bauern wiedergibt.

Subtel Zwischenbediener

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ mußte kürzlich bei einer Betrachtung der Lebensmittelverknappung zugeben, daß wir zuviel Händler haben. Sie gesteht:

„Aus der Uebersicht über die Preisgestaltung für die einzelnen Artikel der Lebenshaltung ist zu ersehen, daß wir es zum Beispiel beim Schweinefleisch mit einer Spanne von 71 Prozent, beim Rindfleisch mit einer Spanne von 150 Prozent zwischen dem Lebendgewicht und dem Schlachtgewicht zu tun haben, während die entsprechenden Zahlen vor dem Kriege 18 Prozent bzw. 63 Prozent waren. Hieraus geht ohne weiteres hervor, daß der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher viel zu lang ist und viel zu viel Speesen erfordert! Nicht, als ob dermaßen über die einzelnen an die an Verarbeitungsbetriebe beteiligten Instanzen der Stab gebrochen werden soll! Nur eben zeigt es sich, daß die Zahl dieser Instanzen, die alle mitverdienen wollen, eine viel zu große ist. Und wie es bezüglich der Fleischpreise bestellt ist, so steht es auch auf den weiten anderen Gebieten der Lebensmittelversorgung. Vielfach handelt es sich dabei um einen Fehler der Organisation, die leider in der Nachkriegszeit an Umfang zwar beträchtlich zugenommen, an Zweckmäßigkeit dagegen vielfach stark eingebüßt hat.“

Hoffentlich tritt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ nun auch für die genossenschaftliche, unnütze Instanzen ausschaltende Bedarfsdeckung ein.

Führen Lohnerhöhungen zu neuer Inflation?

Noch immer können sich viele Kreise von der irrigen Auffassung nicht freimachen, daß eine Erhöhung der Löhne die Gefahr einer neuen Inflation in bedeutsamer Höhe rückt. Zur Zeit der sinkenden Löhre haben die Wechselwirkung von Lohnerhöhung und Preissteigerung eine solche Meinung tatsächlich zu rechtfertigen, so daß selbst der Volkswirtschaftler Pottkoj noch nach der Stabilisierung Mitte des vergangenen Jahres die Gewerkschaften vor Lohnforderungen warnte und sie auf den anderen Weg, der Herabsetzung überhoher Preise, verwies. Beide Wege führen zweifelsohne zu dem gewerkschaftlichen Ziele der Steigerung des Reallohnes. Aber der zweite Weg ist schon deshalb unendlich langwierig, wenn nicht verbannt, weil weite Kreise des Volkes, die nicht Lohn- oder Gehaltsempfänger sind, es verstanden haben, ihre Kaufkraft zu erhalten oder sogar zu vermehren und so der Käuferkraft ein Schlag ins Wasser bleiben müßte. Auf der anderen Seite können die Löhne selbst dann, wenn die Preise bis auf den Weltmarktpreis heruntergingen, immer noch nicht an die durch unzureichende Ernährungsbedarfs gezeugene Wohlstandsgrenze heran. Und gerade weil der Kampf lediglich um eine gerechte Verteilung des Gesamtproduktes (einschließlich Unternehmergewinn) geht, wird dadurch, keine Vermehrung der Gesamtsumme notwendig und bleibt die Folgerung der erneuten Inflation ein Trugschluß. Die von interessierten Kreisen geistlich herabgeführte Unruhe der Öffentlichkeit hat Arbeitsamtsdirektor Dr. Schacht vor noch nicht langer Zeit dadurch als unbedeutend zurückgewiesen, daß er die Preissteigerungen

und die Erhöhung der Löhne mit vollem Rechte als Anpassungsprozess an den Weltmarkt bezeichnet. Und selbst Dr. Meisinger, der Syndikus der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, hat im „Arbeitgeber“ (23/1924) in einem Aufsatz „Realpolitik“ die Behauptung der Inflationsgefahr als oberflächlich und abwegig bezeichnet, da für die Höhe des Zahlungsmittelumlaufes in Deutschland heute durch das neue Bankgesetz und das Londoner Abkommen eine feste Grenze gezogen sei. „Ein zunehmender Zahlungsmittelbedarf durch Lohnerhöhungen würde also namentlich nach Einbringen der Dawesanleihe als Golddeckung für die Reichsbanknoten und im Hinblick auf die sonst im Reichsbankdepot lagernden Gold- und Devisenbestände nicht ohne weiteres die Gefahr des Neubruchs ungedeckter Banknoten im Gefolge haben.“

Der Kampf der Gewerkschaften um den gerechten Anteil an der Gesamtlohnsumme erhält seine volkswirtschaftliche Berechtigung noch durch einen anderen Umstand. Bekanntlich hat die Inflationsquote des Reichswirtschaftsrates zur Evidenz nachgewiesen, und auch bei den übrigen Bedarfsartikeln haben eingehende Untersuchungen unbestreitbar ergeben, daß der Lohnanteil in den Warenpreisen eine geringere Rolle spielt als in der Vorkriegszeit, somit eine Verschiebung der Preisbildungsfaktoren nach ihrer Höhe nicht nur möglich, sondern aus moralischen Gründen schon ohne weiteres verlangt werden muß. Somenig deshalb die Besorgnis, daß eine Lohnsteigerung die Minderung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt bedingen könnte, auch nur den Schein einer Begründung für sich hat, so sicher ist es, daß die ungesunde Berringerung des Lohnanteils innerhalb der Produktionskosten seinen Grund hat in der starken Ueberbeziehung mit leichten-Betriebskosten und dem privatwirtschaftlich verständlichen Streben nach allzu starker Kapitalanhäufung, daß sie den Nährboden abgibt für unnötigen Zwischenhandel und dem technischen Fortschritt seinen Anreiz nimmt. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften zwingt also zu organisatorischer und technischer Fortentwicklung der Wirtschaft und leistet somit, aus der Dauer gesehen, der Wirtschaft wertvolle Dienste.

Der Edelste der R. P. D.

muß wohl Herr Thaelmann sein, denn er wurde von seiner Partei bei der Wahl am 29. März als Kandidat zum Reichspräsidenten aufgestellt. Ueber diesen Thaelmann schreibt, wie wir dem „Deutschen“ entnehmen, die Pariser Ausgabe der „Chicago-Tribune“ vom 29. März folgendes:

„There is the communist Thaelmann, who before he became a political leader was a vagabond in the United States and well known the police from Hoboken to Chicago“

Auf deutsch:

„Da ist der Kommunist Thaelmann, der, bevor er politischer Führer wurde, in den Vereinigten Staaten ein Vagabund war, wohlbekannt der Polizei von Hoboken bis Chicago.“

Wir müssen dem amerikanischen Blatt schon die Verantwortung für seine Angaben überlassen. Aber wundern würden wir uns nicht, wenn sie der Wahrheit entsprächen. In der R. P. D., dieser „einzigen, wirklichen Arbeiterpartei“, sind schon ganz andere „Führer“ möglich gewesen.

Unsere Deutsche Volksbank

bittet uns, darauf hinzuweisen, daß die zurzeit gültigen Zinssätze für den Goldmarktsparverkehr mit der Deutschen Volksbank ab 1. 1. 1925 folgende sind:

- 8 Prozent pro anno bei täglicher Kündigung,
- 9 Prozent pro anno bei monatlicher Kündigung,
- 10 Prozent pro anno bei viertelj. Kündigung.

Tarifbewegung

Reichstatarifverhandlungen für das Dachdeckergerwerbe

Die für den 31. März vorgesehene Besprechung über die Frage, ob die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen besteht, kam erst am 8. April zustande. Sie fand nur im kleinen Kreise (Arbeitgeber vier, Arbeitnehmer drei Vertreter) statt. Die Aussprache behandelte hauptsächlich folgende drei Punkte: 1. Selbständ. Lohnregelung (ohne Anknüpfung an das Baugewerbe), 2. Regelung der Ferien nach den Bestimmungen, wie sie im Reichstatarif von 1923 enthalten sind, 3. Regelung der Arbeitszeit wie folgt: „Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden täglich (wöchentlich 48 Stunden). Inwieweit dürfen Ueberstunden mit Zustimmung der örtlichen oder bezirklichen Organisationsvertreter geachtet und getilgt werden, wenn ein zeitlich nicht beherrschbar Mangel an Arbeitern die Einstellung weiterer Arbeitskräfte unmöglich macht und dadurch die Fertigstellung von Bauten, insbesondere Wohnungsbauten, verzögert wird.“ Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, wenn die drei Hauptpunkte angenommen werden, so würde sich über die übrigen Fragen wohl eine Einigung erzielen lassen. Nach längerer Aussprache einigte man sich dahin, daß Herr Richter seinen Hauptvortrag nochmals diese drei Punkte unterbreiten will. Stimmt dieser zu, so soll am 4. Mai eine weitere Verhandlung stattfinden zur endgültigen Beschließung. Bis dahin bleibt der alte Tarif in Geltung.

Stukkateure und Putzer

Ausf. Die am 2. April in Ansehung festgesetzten Verhandlungen für das Stuck- und Putzergewerbe zeigten schon in der letzten Zeit wenig gewonnenen charakteristischen Charakter. Deshalb war es möglich, schon nach einigen Stunden eine Verständigung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen herbeizuführen. Der Ar-

beitszeitfrage lagen beiderseits keine Anträge vor, da nach wie vor der Achtstundentag gilt. An Stundenlohn wurde von den Arbeiterorganisationen für beide Kategorien 1,20 M. gefordert, während die Arbeitgeber für Putzer 1,— M. und für Stukkateure 1,10 M. boten. Die Eigenart der Arbeitsweise im Kreiselber Gebiet erforderte es jedoch, daß für Stukkateure und Putzer möglichst ein einheitlicher Lohn festgelegt würde. Dieser Begründung der Arbeiter-Vertreter konnten sich die Arbeitgeber nicht verschließen und wurde eine Vereinbarung dahin erzielt, daß mit Wirkung vom 25. März ab der Lohn für Stukkateure und Putzer einheitlich auf 1,10 M. festgelegt wurde.

Leider gelang es nicht, für die Hilfsarbeiter im Stuckgewerbe eine besondere Lohnfestlegung zu erreichen. Vielmehr gilt für diese bis zu einer anderweitigen Regelung durch den Reichstatarifvertrag für das Stuckgewerbe der Lohn der Bauhilfsarbeiter im Hochbaugewerbe. Dieses Lohnabkommen hat Gültigkeit bis 1. Juni 1925 und kann von da ab mit halbmonatlicher Frist gekündigt werden. Der bisherige Lohn betrug 95 Pfg.

Die Akkordfrage sollen in einer kleinen Kommission, nachdem die Kollegen in der Verzammlung nochmals dazu Stellung genommen haben, durchgearbeitet werden.

Die neue Lohnhöhung bedeutet immerhin einen schönen Achtungserfolg sowohl für die Kollegen wie für die Organisation.

Aus dem Verbandsleben

Kaiserslautern. Am 23. März fand in Kaiserslautern im katholischen Vereinshaufe eine gut besuchte Konferenz der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute unseres Verbandes aus der Pfalz statt. Jede Ortsgruppe war vertreten. Ein Zeichen, daß gesunder Gewerkschaftsgeist bei unsern Mitgliedern in der Pfalz vorhanden ist. Kollege Weber-Kaiserslautern erlittete den Geschäfts- und Kassenbericht. Er schilderte die schlechte Bautätigkeit im vergangenen Jahre und die Schikanierung der Organisierten durch die Unternehmer. Trotzdem ist eine gute Entwicklung unseres Verbandes in der Pfalz festzustellen. Kollege Heinrich-Karlsruhe erhielt sodann das Wort zu seinem Vortrage: „Die Beachtung des deutschen Arbeiters in der deutschen Wirtschaft.“ In klarer und leicht verständlicher Weise schilderte Redner wie es ist und wie es sein müßte. Die 25 Jahre christlicher Bauarbeiterverband zeigen uns, daß wir auf dem rechten Wege sind. Die große Lust im deutschen Volke kann nur überbrückt werden, wenn die sozialen Gedanken eines Ketteler, eines Leo XIII. usw. wieder in Deutschland Geltung bekommen. Die Verneinung der sittlichen, sozialen und menschlichen Rechte des Arbeiters durch die Arbeitgeber ist nicht zu verstehen. Die Arbeitgeber, die sich dem neuhumanistischen Kapitalismus in die Arme geworfen haben und ihn durchführen, haben auch einst die Folgen dieser menschenverachtenden Wirtschaftsweise zu tragen. Sie seien gewarnt! Die christlichen Bauarbeiter der Pfalz sind voll und ganz davon überzeugt, daß sie wohl Pflichten dem Staate gegenüber haben, daß sie aber andererseits eine gerechte Steuerentlastung verlangen müssen. Für den weiteren Ausbau der Miets-Ketteler sind die christlichen Bauarbeiter nur dann zu haben, wenn der Ertrag dieser Mietssteuer zur Herstellung und Instandsetzung von Wohnungen verwendet wird. Nur durch eine großzügige Lösung der Wohnungsfrage kann unser deutsches Volk wieder auf eine höhere Stufe der Sittlichkeit und Moral gebracht werden. Die sittlichen Schäden am Körper des deutschen Volkes, als Folge des Wohnungsseindes, werden sich einstens am Glücke des deutschen Volkes juchend rächen. Der Redner erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. In der regen Diskussion fanden die Worte des Kollegen Heinrich volle Zustimmung. In heller Begeisterung, wie sie in der Gründerzeit nicht größer gewesen ist, versprachen die Anwesenden, dem Verbande das notwendige Opfer des Beitrages zu bringen, sowie ihre ganze Person in den Dienst des Verbandes zu stellen. Das gleiche versprachen sie dem Kollegen Herzberg, soweit sie im Saargebiet tätig sind. Frei und offen wollen unsere Kollegen in der Zukunft ihre Zugehörigkeit zum Verbande bekennen und den Falschorganisierten den rechten Weg weisen. Mit unserm alten Wahlspruch:

„Leicht ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen, Bereinte Kräfte kann man niemals unterjochen!“ schloß der Vorsitzende, Kollege Scharrf aus Contwig, die Konferenz.

Sozialpolitik

Eine Novelle zum Reichsversorgungsgesetz angeknüpft. Vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerehrenterlicher E. B., Berlin RD 18, Große Frankfurter Str. 53, wird uns geschrieben: „Der Reichstagsausschuß für Kriegsoffizierfragen beschäftigt sich bekanntlich schon seit einigen Wochen mit den ihm überwiesenen Anträgen der verschiedenen politischen Parteien zur Verbesserung der Kriegsoffizierversorgung. Unter anderem wurde durch diese Anträge verlangt: Eine sofortige Novelle zum Reichsversorgungsgesetz, eine Novelle zum Schwerbeschädigtenbeschäftigungsgesetz, die Aufhebung der für die Kriegsoffizier ungünstigen Bestimmungen der Personalabbauverordnung, die Uebernahme der Fürsorgepflicht durch das Reich. Zur Rechtfertigung ihrer Rentenpolitik hatte die Regierung dem Anknüpfung eine Denkschrift vorgelegt, in welcher die Angliederung der Kriegsoffizierversorgung an die Beamtenbeholdung, die Einführung des Bedürftigkeitsprinzips bei der Rentenbemessung und die Steigerung der Rente um 75 Prozent als besondere Erwerbsverlusten dargestellt wurden. Ueber die Stellungnahme der Regierung zu den neuen Anträgen der Parteien konnte bisher nichts Näheres in Erfahrung gebracht

werden. Nunmehr sagte die Regierung bei der letzten Sitzung des Reichstagsausschusses ein Entgegenkommen in den Fragen der Erhöhung der Grundrente der Elternrente und der Kapitalabfindung. Die Regierung erklärte sich weiter bereit, dem Reichstage baldigst eine neue Novelle zum Reichsversorgungsgesetz vorzulegen. Demgemäß beauftragte der Reichstagsausschuß einen Unterausschuß mit der Zusammenstellung der Wünsche für diese Novelle.

Bau-Rundschau

Die Bautätigkeit im März

Im Monat März wurden im Bauteilmachweis 1066 „Bauwert“ 4345 Wohnhäuser und 1066 sonstige Bauten (Schulen, Kirchen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude, Brücken, gewerbliche Bauten, Garagen usw.) veröffentlicht gegenüber Meldungen von 2401 Wohnhäusern und 51 sonstigen Bauvorhaben im Februar.

Aus der Verdoppelung der Bauvorhaben gegenüber Vormonat werden die Bestrebungen deutlich, die Wohnungsnot zu vermindern. Leider ist nicht zu erwarten, daß alle Pläne schon in diesem Jahre reifen. Die zahlreichen Bestizer von Baustellen, auf denen jetzt Gartenwirtschaft betrieben wird, haben ihre Bauabsicht in der Erwartung angemeldet, daß die Finanzierung nach Wunsch durchgeführt wird. Das ist jedoch nicht sicher, so daß ein höherer Anteil als sonst von den angemeldeten Bauvorhaben nicht alsbald in die Wirklichkeit umgesetzt werden dürfte.

Von den Arbeitsstellen

Ueber die Einsturzkatastrophen bei Leipzig

gibt die Direktion der Aktiengesellschaft Sächsische Werke folgende Darstellung:

„Der Schornsteinbau wurde der Spezialfirma Maschinen-Aktiengesellschaft in Gleiwitz übertragen, die bereits seit Jahren Eisenbetonschornsteine nach einem besondere Verfahren ausführt. Der Mantel des Schornsteins hatte bereits die volle Höhe von 110 Metern erreicht; das innere Futter war über 70 Meter hoch ausgebaut. Nach Aussagen von Augenzeugen ist plötzlich rund herum ein Ausbrechen des Betons in Höhe von etwa 40 bis 50 Meter beobachtet worden. Diesem Ausbrechen folgte der Absturz des oberen Teiles der Esse, wobei diese in sich zerfiel. Zwei Drittel der Masse fielen in das Innere. In einem benachbarten Bau beschäftigte Maurer konnten sich bis auf drei flüchten, aber alle wurden verletzt. Dagegen stürzten bis acht im Innern des Schornsteines arbeitenden Eisenbauer mit den Trümmern in die Tiefe. In der Umgebung der Verfallenen wird gearbeitet. Leider ist nicht damit zu rechnen, daß einer der insgesamt zehn Verunglückten am Leben erhalten werden kann. Die Ursache des Unglücks soll durch Baufachverständige, die auf der Unglücksstelle zusammenkommen, geprüft werden.“

Danach verbleibt es leider bei der hohen Zahl von zehn Toten, wozu noch Schwerverletzte kommen.

Schölicher Bauunfall

Hannover. Am 23. März berunglückte unser Kollege der Bauarbeiter Robert Wächter, tödlich. W. war damit beschäftigt, die Lören vom Fahrstuhl abzunehmen. Beim Aufsteigen der leeren Löre war die Schale nach oben und W. stürzte mit der Löre in die Tiefe. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch. Wie der Unfall sich ereignen konnte, ist unklar, da W. als ein umsichtiger Arbeiter bekannt war. Fest steht jedoch, wenn mit den nötigen Vorsichtsmaßnahmen (Abriegelung der Doffnung) gearbeitet worden wäre, hätte der Unfall vermieden werden können. Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften gehört auch zu den Aufgaben der Baubelegten. Leider werden die Ermahnungen oft wenig beachtet.

Bücherchau

Der Maurer. Für den Schulgebrauch und die Baupraxis. Bearbeitet von Prof. Adolf Dyrbecke, verstorbenen Direktor der Staatl. Baugewerkschule in Münster i. W. Mit 830 Textabbildungen und 23 Tafeln. 381 Seiten. Sechste verbesserte und vermehrte Auflage. Leipzig 1925.

Das Buch umfaßt: Die Gebäudemauern, den Schutz der Gebäudemauern und Fußböden gegen Bodenfeuchtigkeit, die Decken, die Konstruktion und das Berantern der Gesimse, die Fußböden, die Fuß- und Fugearbeiten, die Wiederherstellungs- und Umbauarbeiten, die technische Vorbereitung auf der Baustelle. Infolge seiner leichtverständlichen Darstellungsweise eignet sich das Buch gut für den Selbstunterricht.

Zu beziehen ist das Buch durch den Christlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Der Preis ist verhältnismäßig billig; broschiert kostet der Band 7,50 M., in Ganzleinen gebunden 9,50 M. Teilzahlungen können mit dem Verlag vereinbart werden. Prospekte werden gern zugesandt.

Sterbetafel

Am 28. März starb einer unserer Ehrensten, der Kollege Polier Franz Wied, an Herzschwäche infolge einer Darmoperation im Alter von 51 Jahren.

Ortsgruppe Eberfeld.

Ehre ihrem Andenken!